GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

Teil I

1957 | Berlin, den 15. Mai 1957

Nr. 36

Tag	Inhalt	Seite
11.5. 57	Verordnung über den Betriebsprämienfonds sowie den Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben	289

Verordnung über den Betriebsprämienfonds sowie den Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben.

Vom 11. Mai 1957

»Die Werktätigen in unserer Deutschen Demokratischen Republik erkennen immer mehr, daß eine friedliche Zukunft und die systematische Verbesserung ihrer Lebenslage von der weiteren Stärkung und Festigung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht abhängt. Die entscheidende Aufgabe ist es dabei, die Produktion ständig zu erhöhen, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern und die Selbstkosten der Produktion zu senken. Zur Erreichung diesem Ziele ist es erforderlich, das gesamte Kollektiv der Arbeiter, Angestellten und des leitenden Personals der Betriebe an den Ergebnissen ihrer Arbeit, an einer hohen Arbeitsproduktivität und einer wachsenden Rentabilität der Betriebe materiell stärker zu interessieren.

Zur Anerkennung hervorragender persönlicher Leistungen der Angehörigen der technischen und kaufmännischen Intelligenz sowie der Arbeiter und Angestellten bei der Erfüllung und Übererfüllung des Betriebsplanes durch die Gewährung von Prämien aus dem Prämienfonds der volkseigenen Betriebe und zur Verbesserung der kulturellen und sozialen Betreuung der Werktätigen wird auf Vorschlag des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendes verordnet:

Abschnitt I

§ 1

Anwendungsbereich

(1) In den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben, die nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, sowie in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) ist nach den Bestimmungen dieser Verordnung ein Betriebsprämienfonds und ein Kultur- und Sozialfonds zu bilden.

(2) Für volkseigene Projektierungs- und Konstruktionsbüros, Entwurfsbüros und naturwissenschaftlich-technische Institute bleiben die bisher gültigen Bestimmungen bestehen.

(3) Die Einbeziehung von volkseigenen örtlichen Versorgungs- und Dienstleistungsbetrieben, die nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiten, in den Anwendungsbereich dieser Verordnung ist durch die zuständigen örtlichen Organe der staatlichen Verwaltung festzulegen. Die Räte der Bezirke geben hierzu nach vorheriger Abstimmung mit dem Minister für Arbeit und Berufsausbildung, dem Minister der Finanzen und nach Anhören der zuständigen Zentralvorstände der Industriegewerkschaften bzw. Gewerkschaften einheitliche Richtlinien heraus.

Abschnitt II

Bildung des Betriebsprämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds

§ 2

Quellen der Zuführungen zum Betriebsprämienfonds und zum Kultur- und Sozialfonds

(1) Die Zuführungen zum Betriebsprämienfonds und zum Kultur- und Sozialfonds erfolgen aus dem Gewinn des Betriebes.

(2) In Betrieben, die planmäßig mit Verlust arbeiten, werden die Zuführungen zum Betriebsprämienfonds und zum Kultur- und Sozialfonds aus den Gewinnabführungen anderer Betriebe der gleichen Hauptverwaltung oder des Ministeriums bzw. aus Zuschüssen des Staatshaushalts finanziert.

§ 3

Voraussetzungen für die Zuführungen zum Betriebsprämienfonds

(1) Voraussetzungen für die Zuführung zum Betriebsprämienfonds sind:

- die Erfüllung des Produktionsplanes bzw. des Leistungs-, Warenumsatz- oder des entsprechenden Planes gemäß den festgelegten staatlichen Aufgaben;
- die Erfüllung des Gewinnplanes oder bei Betrieben, die planmäßig mit Verlust arbeiten, die Nichtüberschreitung des im Plan vorgesehenen Verlustes.

(2) In Anordnungen der Minister und Staatssekretäre m. e. G. sind hinsichtlich der Voraussetzungen gemäß Abs. 1 Buchst. a die Bezugsgrößen festzulegen, die am besten die im Betriebsplan geforderte volkswirtschaftliche Leistung des Betriebes zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig ist festzulegen, in welchem Umfang durchgeführte, nicht geplante Kooperation bei der Abrechnung des Planes zu berücksichtigen ist

Höhe der Zuführungen zum Betriebsprämienfonds

§ 4

(1) Bei der Erfüllung des Produktionsplanes bzw. des entsprechenden Planes gemäß § 3 Abs. 1 Buchst. a und Abs. 2 sind dem Betriebsprämienfonds 2 % der geplanten Lohnsumme zuzuführen.